

Absender/in



Landratsamt Coburg
Untere Straßenverkehrsbehörde
Lauterer Straße 60
96450 Coburg

Antrag auf

Erteilung Verlängerung

Der Genehmigung für die Aus- übung des Gelegenheitsverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Hinweis:

Die personenbezogenen Daten werden erhoben aufgrund §§ 1 ff. Bundesdatenschutzgesetz (BDSchG) i. V. m. den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvoraussetzungen, u. a. §12 PBefG

1. Antragsteller/in

1.1. Juristische Person (e.K, GmbH, ...) oder Name der Einzelfirma

| | | | | |
|------------------------------|--|--------------------------|-----|-----------------------------|
| Name | | | | |
| Straße | | Hausnummer | PLZ | Ort |
| weiterer Betriebssitz | | | | |
| Telefon (freiwillige Angabe) | | Fax (freiwillige Angabe) | | E-Mail (freiwillige Angabe) |

1.2. Natürliche Person (Antragsteller bzw. Vertreter/in der juristischen Person (bei mehreren Geschäftsführen/Gesellschaftern bitte Beiblatt verwenden!))

| | | | | | | |
|--|--------------------|--------------------------|---------------------------|-----------------------------|--|--|
| Name | | Ggf. Geburtsname | | Vorname | | |
| Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) | | Geburtsort | | Staatsangehörigkeit/en | | |
| Familienstand <input type="checkbox"/> Ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eigentragender Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend | | | | | | |
| seit | Datum (TT.MM.JJJJ) | | | | | |
| Erlerner Beruf | | | Momentan ausgeübter Beruf | | | |
| Straße | | Hausnummer | PLZ | Ort | | |
| Telefon (freiwillige Angabe) | | Fax (freiwillige Angabe) | | E-Mail (freiwillige Angabe) | | |
| Betriebssitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) | | | | | | |

1.3 Angaben zur Person mit der fachlichen Eignung

| | | | | | |
|--|--|--------------------------|---------------------------|-----------------------------|-----|
| Name | | ggf. Geburtsname | | Vorname | |
| Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) | | Geburtsort | | Staatsangehörigkeit/en | |
| Familienstand <input type="checkbox"/> Ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eigentragender Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend | | | | | |
| seit | | Datum (TT.MM.JJJJ) | | | |
| Erlerner Beruf | | | Momentan ausgeübter Beruf | | |
| Straße | | Hausnummer | PLZ | | Ort |
| Telefon (freiwillige Angabe) | | Fax (freiwillige Angabe) | | E-Mail (freiwillige Angabe) | |
| Betriebssitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) | | | | | |
| Nachweis fachliche Eignung | | | | | |

2. Umfang des Antrags

Die Genehmigung soll erteilt/verlängert werden

bis

- für
- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> den Verkehr mit Taxen (§47 PBefG) | <input type="checkbox"/> Ferienzielreisen mit Kraftomnibussen (§48 Abs. 2 PBefG) |
| <input type="checkbox"/> Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen (§48 Abs. 1 PBefG) | <input type="checkbox"/> den Verkehr mit Mietwagen (§ 49 PBefG) |
| <input type="checkbox"/> Ausflugsfahrten mit Personenkraftwagen (§48 Abs. 1 PBefG) | <input type="checkbox"/> den Verkehr mit Mietomnibussen (§49 PBefG) |

3. Fahrzeuge

| Lfd. Nr. | Art | Amtliches Kennzeichen | Hersteller | Fahrzeugidentnummer | Anzahl Sitzplätze |
|----------|-----|-----------------------|------------|---------------------|-------------------|
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |

Das/Die Fahrzeug/e ist/sind auf den/die Antragsteller/in zugelassen

Ja nein, sondern auf folgende Person/Firma

| | | | |
|--------|------------|-----|-----|
| Name | | | |
| Straße | Hausnummer | PLZ | Ort |

Das/Die Fahrzeug/e ist /sind bereits im Linienverkehr eingesetzt

nein ja, das /die Fahrzeug/e mit folgender laufender Nr.:

lfid. Nr.

Sollten Kraftfahrzeuge, die schon in einem Linienverkehr eingesetzt sind, im beantragten Gelegenheitsverkehr verwendet werden?

nein ja

ggf. welche?

Das/die Fahrzeug(e) sind untergestellt: _____
Nachweis (Lageplan, Mietvertrag für Stellplatz/Garage, Foto).

4. Zusätzliche Angaben bei Verkehr mit Taxen

Die/Das Fahrzeug/e wird/werden in folgender Stadt bzw. Gemeinde öffentlich bereitgestellt:

Stadt/Gemeinde

Der/Die Antragssteller/in ist im Besitz einer gültigen Genehmigung zur Personenbeförderung

ja

Art und Umfang der Genehmigung

Erteilungsbehörde

Aktenzeichen

nein.

In der Vergangenheit ist schon einmal eine solche Genehmigung besessen worden nein ja

5. Als Anlagen sind beigefügt:

- die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch eine Bescheinigung
 - bestandene Fachkundeprüfung (z. B. IHK)
 - bestandene Abschlussprüfung zum Kaufmann/zur Kauffrau im Eisenbahn- und Straßenverkehr, Schwerpunkt:
Personenverkehr zum Verkehrsfachwirt/zur Verkehrsfachwirtin/als Betriebswirt(in)/als Dipl-Betriebswirt(in) in
Verkehrsbetriebswirtschaft und Logistik/Dipl-Verkehrswirtschaftler(in)
 - mindestens 5jährige leitende Tätigkeit in einem Unternehmen, das Straßenpersonenverkehr betreibt
 - mindestens 3jährige leitende Tätigkeit in einem Unternehmen, das Straßenpersonenverkehr betreibt (bei Taxi- und Mietwagenverkehr)
 - Befreiung vom Nachweis der fachlichen Eignung
 - Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Träger der Sozialversicherung
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- ➔ nicht älter als 3 Monate

- Eigenkapitalbescheinigung(en) nach amtlichen Muster (**nicht älter als 1 Jahr**)
- bei Unternehmen des Taxen- und Mietwagenverkehrs; bestätigte Vermögensübersicht

behördliches Führungszeugnis für den Antragssteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en) sowie der Person mit der fachlichen Eignung (soweit nicht Antragsteller bzw. Geschäftsführer) (**nicht älter als 3 Monate**)

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister für den Antragssteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en) und der Person mit der fachlichen Eignung (**nicht älter als 3 Monate**)
- Auskunft aus dem Fahrignungsregister beim Karftfahrt-Bundesamt Flensburg für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellten Personen und der Person mit der fachlichen Eignung (nicht älter als 3 Monate)
- bei Unternehmen, die in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind: beglaubigte Abschrift der Eintragungen
bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, außerdem die Gesellschafterliste

➔ **nicht älter als 3 Monate**

- Gesellschaftsvertrag
- Gewerbeanmeldung
- Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person (ggf. Arbeitsvertrag der Person mit der fachlichen Eignung soweit nicht Antragsteller bzw. Gesellschafter)
- Nachweis über die letzte HU der eingesetzten Fahrzeuge (§29 StVZO i. V. m. §§ 41, 42 BOKraft)
- Kopien der Fahrzeugscheine
- Nachweis über Einbau einer Alarmanlage/eines Wegstreckenzählers (§ 25 Abs. 3, § 30 Abs. 1 BOKraft)
- Bestätigung des Eichamts
- Nachweis über Stellplatz des/*der Fahrzeug(e). Anmerkung: Der Nachweis ist zwingend erforderlich!!!
- _____

6. Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll betragen

Die beantragte Genehmigung soll für folgenden Zeitraum erfolgen:

| | | |
|-----|-----|--|
| vom | bis | <input type="checkbox"/> Höchstdauer: 5 Jahre (Bei Erstantrag: 2 Jahre) |
|-----|-----|--|

7. Strafverfahren

Gegen mich ist ein

| | |
|--|---------------|
| a) Ermittlungsverfahren anhängig <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja | Grund/Behörde |
| b) Strafverfahren anhängig <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja | |

8. Ergänzungen

Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigegeführten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.

Mit freundlichen Grüßen

| | |
|------------|----------------------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift des Antragsstellers |
|------------|----------------------------------|

Hinweis nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Erhebung personenbezogener Daten

1. Anlass der Erhebung

Wir haben Daten von Ihnen im Zuge eines Antrags auf Erteilung einer Genehmigung für Gelegenheitsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) erhoben.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist das

Landratsamt Coburg

Lauterer Str. 60, 96450 Coburg

landratsamt@landkreis-coburg.de

09561/514-0

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Frau Nicola Steffen-Rohrbeck

Landratsamt Coburg, Lauterer Str. 60, 96450 Coburg,

datenschutz@landkreis-coburg.de, 09561/514-5380

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

4a) Zwecke der Verarbeitung:

Ihre Daten werden dafür erhoben:

- Erteilung der Genehmigung für den Gelegenheitsverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) inkl. Anhörverfahren

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 bis 3 DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 BayDSG und PBefG verarbeitet.

5. Quelle der Daten

Ihre Daten haben wir gemäß Ihrem Antrag erhoben.

6. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die öffentliche Stelle verarbeitet folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Kontaktdaten (Name, Vorname, Name und Rechtsform des Unternehmens, Telefon, Fax, Email, Anschriften)
- weitere Antragsdaten soweit zur Bearbeitung notwendig

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Beförderungsunternehmen, Kommunen, Straßenbulasträger, Gewerbeaufsichtsamt, IHK Fachgewerkschaften und Fachverbänden.

8. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an Drittländer zu übermitteln.

9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung *längstens 10 Jahre* gespeichert.

10. . Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

11. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch das Landratsamt Coburg durch entsprechende Erklärung (Antragstellung) eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
